



Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände  
Conseil Suisse des Activités de Jeunesse  
Federazione Svizzera delle Associazioni Giovanili

## Positionspapier

### Jugendliche mit Migrationshintergrund und Chancengleichheit

#### 1. Einleitung

Im vorliegenden Dokument definiert die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) ihre Position zum Thema Jugendliche mit Migrationshintergrund<sup>1</sup> und Chancengleichheit in der Schweiz. Das Positionspapier dient der SAJV als Referenzdokument für sämtliche Fragen zu diesem Thema.

#### 2. Vielfalt an Hintergründen und Bedürfnissen

Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche ohne Schweizer Bürgerrecht werden oft als homogene soziale Gruppe mit identischen Bedürfnissen und Interessen wahrgenommen. Die individuellen Lebenswege dieser Jugendlichen sind jedoch oft sehr unterschiedlich und von zahlreichen Faktoren geprägt, wie zum Beispiel von den Gründen für ihre Emigration, ihrem rechtlichen Status, ihrem Geschlecht, ihrer sozio-ökonomischen Situation und davon, wie sie in die Schweiz gekommen sind und wie viel Zeit sie hier verbracht haben. Entsprechend variieren ihre Anliegen, je nach dem, ob sie Sans-Papiers oder Migranten der dritten Generation mit Schweizer Pass sind, ob sie im Rahmen des Schengen-Abkommens gekommen sind oder als unbegleitete Asylbewerber. Um dieser Verschiedenartigkeit gerecht zu werden, müssen politische Schwerpunkte differenziert gelegt und den Bedürfnissen angepasst werden.

Trotz der Vielfalt an Bedürfnissen innerhalb dieser Gruppe betreffen gewisse Probleme gleichermassen alle. Die Statistiken zeigen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund beispielsweise überdurchschnittlich oft mit Schwierigkeiten beim Zugang zum Arbeitsmarkt konfrontiert sind, in der Schule versagen oder in einer minderprivilegierten sozio-ökonomischen Situation leben. Man kommt ausserdem nicht umhin, festzustellen, dass ausländische Staatsbürger und Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich mit Schweizerinnen und Schweizern wirtschaftlich und sozial schlechter gestellt sind<sup>2</sup> und über ein tieferes Bildungsniveau verfügen. Damit haben sie in unserer Gesellschaft einen besonders schweren Stand. Die SAJV stellt fest, dass gewisse Formen der Diskriminierung, denen alle Jugendlichen in der Schweiz ausgesetzt sind, Jugendliche mit Migrationshintergrund noch stärker treffen und diese so auf zahlreichen Ebenen diskriminiert werden.

---

<sup>1</sup> Siehe Definition weiter unten

<sup>2</sup> Die Zahlen des Bundesamts für Statistik:

<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/data/01.html>

Die Lohnunterschiede zwischen Schweizer und ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern betragen 2009 über 13%. Gründe dafür sind u. a., dass es für Ausländerinnen und Ausländer schwierig ist, ausserhalb des Dienstleistungssektors Arbeit zu finden, das vergleichsweise tiefe Bildungsniveau, die mangelnde Anerkennung von Diplomen und das Alter. Die Unterschiede sind noch ausgeprägter, wenn das Einkommen von Schweizerinnen und Schweizern mit jenem von Nicht-EU-Bürgern verglichen wird.

Seite 1 von 4

### 3. Ziele der Integrationspolitik der SAJV

Als Kompetenzzentrum für Jugendpolitik in der Schweiz setzt sich die SAJV gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen für die Chancengleichheit aller Jugendlichen in allen Lebensbereichen ein, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem rechtlichen oder sozialen Status oder ihrer Nationalität, um für alle Jugendlichen in der Schweiz auf gesetzlicher Ebene und im Alltag Rechtsgleichheit zu erreichen.

Es ist der SAJV ein Anliegen, dass die multikulturelle Gesellschaft als Chance und nicht als Bedrohung wahrgenommen wird und dass dem Potenzial, das Jugendliche mit Migrationshintergrund in die Schweiz einbringen, durch die Politik und die Medien mehr Anerkennung zukommt. Denn der Beitrag, den diese Jugendlichen leisten, wirkt sich sowohl auf die kulturelle Vielfalt der Schweiz als auch auf die Wirtschaft, das soziale Versorgungssystem und auf demografische Aspekte positiv aus.

### 4. Forderungen

Auf der Grundlage der oben aufgeführten Feststellungen ruft die SAJV die Schweizer Behörden und die verantwortlichen Entscheidungsträger dazu auf, schnell zu handeln, um eine echte Chancengleichheit zu schaffen und die Situation in den unten aufgeführten Bereichen zu verbessern. Die vier ersten Punkte betreffen alle Jugendlichen mit Migrationshintergrund, den letzten Punkt zielen auf die Verbesserung der Situation der besonders schutzbedürftigen Gruppen ab (Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung und Asylbewerber im Kindes- und Jugendalter).

#### - Arbeit

Jugendliche mit Migrationshintergrund werden in der Schweiz immer noch stark diskriminiert, beispielsweise – wie zahlreiche Studien belegen<sup>3</sup> – auf dem Arbeitsmarkt. Ausserdem ist die Arbeitslosenquote unter Jugendlichen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, auch wenn sie in der Schweiz geboren sind und hier die Schule besucht haben, immer noch höher als unter Schweizer Jugendlichen.

Aus diesem Grund fordert die SAJV von den Schweizer Behörden, die **bereits zur Verfügung stehenden Rechtsinstrumente** einzusetzen und auszubauen, und zwar über die strafrechtlichen Aspekte hinaus, um diese Formen der Diskriminierung zu bekämpfen. Ausserdem sollen vermehrt **Präventions- und Sensibilisierungsmassnahmen** ergriffen werden, damit Jugendliche mit Migrationshintergrund die gleichen Zugangs- und Weiterentwicklungschancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wie Schweizer Jugendliche ohne Migrationshintergrund.

#### - Staatsbürgerschaft und politische Partizipation

Die SAJV setzt sich dafür ein, dass ausländische Jugendliche, welche die prägenden Jahre ihres Lebens in der Schweiz verbracht haben, das **Stimm- und Wahlrecht** erhalten. Sie unterstützt in diesem Sinne auch das politische Vorhaben, die Einbürgerung von Jugendlichen Migranten der zweiten und dritten Generation<sup>4</sup> zu erleichtern. Die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen und am politischen Leben der

---

<sup>3</sup> Siehe dazu FIBBI Rosita, *Mesures de luttres contre les discriminations à l'embauche*, SFM, 2005 ([http://doc.rero.ch/lm.php?url=1000,44,4,20070221140824-OO/s\\_40.pdf](http://doc.rero.ch/lm.php?url=1000,44,4,20070221140824-OO/s_40.pdf)) und FIBBI Rosita, BUELENT Kaya, FIGUET Etienne, « *Le passeport ou le diplôme ?* » : étude des discriminations à l'embauche des jeunes issus de la migration, SFM, 2008 (<http://doc.rero.ch/lm.php?url=1000,44,4,20070221144033-RW/31.pdf>) und [http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/doku/synthesis\\_nomen.pdf](http://www.ekm.admin.ch/de/dokumentation/doku/synthesis_nomen.pdf)

<sup>4</sup> Migranten der zweiten Generation sind die Kinder von Migranten, die entweder sehr jung waren, als sie in das Land gekommen sind, in dem sie nun leben, oder direkt dort geboren sind. Migranten der dritten Generation sind die Enkelkinder der Migranten und sind in dem Land geboren, in dem sie leben.

Gesellschaft teilzunehmen, in der diese Jugendlichen leben, arbeiten und soziale Beziehungen aufbauen, ist damit ein Hauptziel des Integrations- und Partizipationsprozesses.

Eine Priorität der Politik muss ausserdem die Entwicklung von Bildungsprogrammen sein, die Jugendliche mit Migrationshintergrund spüren lassen, dass sie sich berechtigterweise zu politischen Themen äussern zu können. Das ist einer der Schlüsselfaktoren der politischen Partizipation. Ebenso müssen Bund und Kantone Organisationen, die Jugendliche Migrantinnen und Migranten vertreten und eine entscheidende Rolle bei der Förderung des Potenzials dieser Bevölkerungsgruppe spielen, in erster Linie finanziell unterstützen, um es diesen Jugendlichen zu erlauben, ihre **Interessen** unabhängig von ihrem rechtlichen Status auf kantonaler und nationaler Ebene zu vertreten.

Die SAJV bedauert, dass gewisse politische Kräfte **Automatismen** zur Ausweisung von Personen befürworten, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, und insbesondere, dass die Jugendlichen in diesen Debatten oft instrumentalisiert werden. Die SAJV befürwortet in solchen Fällen die Untersuchung des gesamten Werdegangs und der Verankerung der oder des Jugendlichen und ihrer bzw. seiner Familie in der Schweiz und dem Herkunftsland. Gleichermassen müssten die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker alles daran setzen, um die Ursachen zu bekämpfen, die eine sehr kleine Minderheit ausländischer Jugendlicher dazu veranlasst, kriminell zu werden, anstatt sich in erster Linie auf die Verhärtung der gesetzlichen Strafen zu konzentrieren, die darauf abzielen, diese Personen mitsamt ihrer Familien auszuweisen.

#### *- Darstellung in den Medien*

Das Bild, das die Medien von den Jugendlichen in der Schweiz zeichnen, ist von Vorurteilen und negativen Assoziationen geprägt. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund tritt dieses Phänomen noch stärker in Erscheinung, wie jüngst durch verschiedene Studien<sup>5</sup> belegt wurde. Sie werden in den Medien oft in einem negativen Zusammenhang erwähnt und ihre Medienpräsenz steht in den meisten Fällen in direkter Verbindung mit Verbrechen und Gewaltfragen. Die Tatsache, dass die Nationalität der ausländischen Jugendlichen überhaupt erwähnt wird, ist das beste Beispiel dafür, wie der Umgang mit dem Thema in den Medien die Verallgemeinerungen und Vorurteile gegenüber ausländischen Staatsbürgern und Schweizern mit ausländischen Wurzeln verstärkt.

Es ist äusserst selten, dass der normale Alltag einer ausländischen Arbeiterin oder die Schwierigkeiten eines unbegleiteten Minderjährigen in den Medien auf ein breites Echo stossen.

Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund werden von den Schweizer Medien oft als passive Subjekte betrachtet und kommen sehr selten selbst zu Wort. An ihrer Stelle sprechen vor allem politische Wortführer und Expertinnen und Experten. Es muss deshalb grundlegende Aufklärungsarbeit mit den verschiedenen Medien und Vertreterinnen und Vertretern der Politik geleistet werden, um Jugendliche mit Migrationshintergrund auch als **positive Kräfte** in der Schweiz darzustellen.

#### *- Umsetzung der Konvention über die Rechte des Kindes in der Schweiz*

Als Mitbegründerin und Vorstandmitglied des Netzwerks Kinderrechte Schweiz vertritt die SAJV die Meinung, dass die Schweiz zusätzliche Bemühungen erbringen muss, um die Rechte der **besonders schutzbedürftigen Gruppen** unter den Kindern und

---

<sup>5</sup> BONFADELLI Heinz, *Stereotyp tendenziell negativ*, <http://www.terra-cognita.ch/11/bonfadelli.pdf>, in: Terra cognita, Les médias, 11/2007

Jugendlichen mit Migrationshintergrund – u. a. Asylsuchende, Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung und unbegleitete Minderjährige<sup>6</sup> – vollumfänglich durchzusetzen. Denn diese werden immer wieder verletzt, besonders was Zwangsmassnahmen, die Dauer der Verfahren und die Achtung des übergeordneten Wohls des Kindes und seiner Entwicklungsmöglichkeiten betrifft. Es ist unannehmbar, dass zahlreiche Entscheidungen, welche die Perspektiven der betroffenen Personengruppen nachhaltig beeinflussen – im Zusammenhang mit dem Zugang zu Bildung nach der obligatorischen Schulzeit, der Betreuung, den Möglichkeiten, eine Aufenthaltsbewilligung zu erhalten, der administrativen Verwahrung, usw. – willkürlich getroffen werden. Je nach dem in welchem Kanton die betroffenen Jugendlichen wohnen bzw. aufgenommen werden, haben sie Anrecht auf ganz unterschiedliche Leistungen. Bund und Kantone müssen sich koordinieren, um der **Ungleichbehandlung** bei der Umsetzung der Rechte des Kindes ein Ende zu setzen. Die SAJV bezieht sich hierbei auf die in den NGO-Berichten zur Situation in der Schweiz formulierten Empfehlungen, die vom Netzwerk Kinderrechte Schweiz koordinierten wurden, und unterstützt diese vollumfänglich.

*- Recht auf und Zugang zu Bildung*

Das **Recht auf Bildung** für alle, einschliesslich nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit, muss für alle in der Schweiz lebenden Kinder und Jugendlichen garantiert werden, unabhängig von ihrem rechtlichen Status oder von der Kategorie ihrer Aufenthaltsbewilligung. Die SAJV vertritt die Meinung, dass Diskriminierung, die in diesem Bereich besonders Kinder und Jugendliche ohne Aufenthaltsbewilligung betrifft, die Chancen auf späteren Erfolg massiv schmälert, da ihnen der Zugang zu Bildung nach der obligatorischen Schulzeit auch im dualen System verwehrt bleibt. Zugang zur Bildung ist jedoch einer der Schlüsselfaktoren der gesellschaftlichen und beruflichen Integration der Jugendlichen in der Schweiz und erlaubt es ihnen, sich eine Zukunft aufzubauen.

---

<sup>6</sup>Unbegleitete Minderjährige sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die ohne die Begleitung mindestens eines Elternteils oder ihres gesetzlichen Vertreters in die Schweiz immigrieren.